

## Risiken einer Fusion

### DBV lehnt eine Fusion der Unicredit und Commerzbank ab – Warum?

Von Marcus Bourauel

Wieder steht eine mögliche Fusion vor der Tür mit umfangreichen Folgen.



Die Fusion zweier Unternehmen bzw. zweier Banken ist primär eine kaufmännische Entscheidung auf Basis des besseren Konzepts. Dies geschieht regelmäßig, um Synergien zu heben oder Renditen zu steigern.

Allerdings knüpft die Commerzbank nach Umsetzung der Strategie 2024 an ihren Erfolg an und will diese Strategie fortführen. Aktuell liegt seitens der Unicredit dagegen keine konkrete Strategie vor. Welchen Mehrwert eine Fusion auf Basis der Größenordnung von Unicredit und Commerzbank für die Versorgung der Kreditwirtschaft bewirken soll, kann aktuell nicht eindeutig beantwortet werden. Eine wesentliche Entscheidungsgrundlage, die bei der Diskussion für eine Fusion oder bloße Übernahme sprechen könnten, fehlt also aktuell.

Wenn man zusätzlich in die Vergangenheit blickt, muss man leider festhalten, dass 70 – 90 % der Fusionen scheitern. Auch vollzogene Bankenfusionen zeigten sich häufig als nicht langelig:

Im Sommer 1997 kommt es in München zur Fusion zweier Großbanken. Die Bayerische Vereinsbank und die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank verschmelzen zur Hypovereinsbank. Nach massiven Problemen im Immobiliengeschäft Ende der 90er-Jahre kauft die italienische Großbank Unicredit die Hypovereinsbank, die ihr in den vergangenen Jahrzehnten einen rigiden Sparkurs verordnet hat. Von der einstigen Bedeutung der ehemaligen Bayerischen Vereinsbank ist wenig geblieben. Der Bankenplatz München ist heute zudem ein Schatten seiner selbst.

Unabhängig davon müssten EZB im Verbund mit Bundesbank und BaFin und Kommission aus Risikosicht eine Fusion/Übernahme genehmigen. Hier wären komplexe Fragestellungen zu behandeln, die bisher noch gar nicht tiefgreifend und abschließend erörtert wurden:

1. Die Unicredit Mailand hält gemäß der Medien EUR 40 Mrd. italienischer Staatsanleihen und profitiert davon das nationale Staatsanleihen bis jetzt nicht seitens der Aufsicht mit Risikokapital zu unterlegen sind. Italien gehört zu den am höchsten verschuldeten Staaten in der Welt. Die Staatsverschuldung Italiens liegt aktuell bei 159% mit perspektivisch steigender Tendenz und entsprechenden negativen



Einfluss auf die Bonität des Landes. Ein Wertverlust der Staatsanleihen könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit die gesamte Holding mit allen ihren Töchtern in Schieflage bringen. Die Folgen für die Kreditversorgung der Wirtschaft vieler Länder – und damit auch der Deutschen Wirtschaft wären fatal. Dieser Umstand beschreibt das Kernproblem, welches gegen eine



Fusion oder Übernahme spricht. Zusätzlich gibt es ein signifikantes Engagement in Russland. UniCredit erklärte, sie wolle die Kredite ihrer russischen Einheit bis Ende 2025 auf weniger als 1 Milliarde Euro (1,1 Milliarden Dollar) mehr als halbieren, nachdem sie eine Forderung der Europäischen Zentralbank, den Ausstieg zu beschleunigen, abgelehnt hatte und sie hatte vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Forderung der EZB geklagt, die Beziehungen zu Russland zu beenden. Die Strategie der UniCredit, sich schrittweise zurückzuziehen, steht im Gegensatz zu den Forderungen der EZB an die europäischen Banken, sich aufgrund des Risikos von erheblichen US-Strafzahlungen und Reputationsschäden schnell aus Russland zurückzuziehen.

2. Für eine Fusion wird das Konstrukt der Bankenunion angeführt. Im Falle einer Ablehnung seitens der EZB bzw. Kommission wird bereits dieses politische Ziel der EU in Frage gestellt. Die Zielsetzung der Bankenunion wird hierbei überdehnt: Mittels Bankenunion sollen primär frühzeitig Risiken identifiziert und verringert werden. Die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Fusion oder Übernahme kann daher nur ein Nebeneffekt sein – aber nicht das vordringliche Ziel. Um eine Infizierung der Nachbarstaaten auf diesem Wege zu unterbinden, wurden im Rahmen der Finanzkrise 2012 die Staatsanleihen wieder in die Heimatländer zurück transferiert. Wie bereits erwähnt liegt die Staatsverschuldung



Italiens aktuell bei 159 % mit perspektivisch steigender Tendenz und entsprechenden negativen Einfluss auf die Bonität des Landes und der Bonität der Unicredit. Solange die Haushaltspolitiken der Nationalstaaten nach uneinheitlichen gewachsenen Traditionen erfolgen, ist das Konstrukt der Bankenunion unvollständig. Es fehlt eine wesentliche gemeinsame Basis in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa.

- 3 Durch die Übernahme der Commerzbank durch die Unicredit würde ein Bankenkonzernriese mit einer Bilanzsumme von über EUR 1 Billionen entstehen und ließe sich bei einer möglichen Abwicklung des Instituts nicht allein mit der Beteiligung des Finanzsektors stemmen. Gefragt wären somit wieder mal auch die Steuerzahler, also wir alle. Martin Hellwig, emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter in Bonn, verweist in der FAZ vom 15.10.2024 in dem Zusammenhang auf die schiere Größe der fusionierten Bank. Sie wiese mit einer Bilanzsumme von rund 1,3 Billionen Euro doppelt so viel wie Lehman Brothers 2008 auf, deutlich mehr als doppelt so viel wie Credit Suisse 2023. Es war das zentrale Versprechen der EU-



Bankenunion, dass die Steuerzahler nicht noch einmal für eine Großbank einspringen müssen, weil diese „too big to fail“ wäre, weil also ihr Zusammenbruch die Finanzstabilität in Gefahr brächte. Geriete ein Institut in die Krise und müsste abgewickelt werden, stünde nun der EU-Abwicklungsfonds

SRF zur Verfügung, in den die europäischen Banken bisher 80 Milliarden Euro eingezahlt haben Grenzüberschreitende Haftungsfragen bergen in der EU seit der Eurokrise immer besonderen Sprengstoff. Die Frage, welcher Staat im Fall eines Zusammenbruchs der fusionierten Bank wie viel haften müsste, wäre im Unicredit-Commerzbank-Fall besonders vergiftet, weil (jedenfalls derzeit) die Bonität des deutschen über jener des italienischen Staates liegt. Das ist jede weitere Entwicklung schwer prognostizierbar, da wir jedenfalls in Europa kaum Erfahrungen mit Bankenriesen in dieser Größenordnung haben.

- 4 Durch den Zusammenschluss unter dem Dach der Unicredit spricht außerdem die Möglichkeit einer Wettbewerbsverzerrung in Deutschland, da der Mittelstand unter immer weniger Großbanken auswählen kann. Dieser Sachverhalt wird im Rahmen der Fusionskontrolle der Kommission ebenfalls zu prüfen sein.
- 5 Weiterhin würde die Umsetzung einer Fusion einige Jahre, Umstrukturierungskosten und im Anschluss über Jahre verteilt wieder massenhaft Arbeitsplätze kosten. Zeit, Arbeitsleistung und Geld, welches für die eigentliche Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der Commerzbank – und auch der Unicredit dringend gebraucht wird.



Eine grenzüberschreitende Übernahme der Commerzbank durch die Unicredit ist auf absehbare Zeit unter Risikogesichtspunkten schwer zu vertreten und könnte fatale Folgen für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europas mit sich bringen. Die Zeit für eine derartige Bankenfusion ist noch nicht reif.

Darum sind wir gegen eine Übernahme der Commerzbank durch die Unicredit.

Weitere Maßnahmen machen wir von der beschriebenen Entwicklung abhängig.

*Marcus Bourauel*

*Mitglied des Vorstands des DBV*

---

V.i.S.d.P.: DBV, Kreuzstraße 20, 40210 Düsseldorf, Tel.: 0211 - 54 26 81 0, Fax: 0211 – 54 26 81 40

Homepage: [www.dbv-gewerkschaft.de](http://www.dbv-gewerkschaft.de)

Newsletter: [www.dbv-newsletter.de](http://www.dbv-newsletter.de)

E-Mail: [info@dbv-gewerkschaft.de](mailto:info@dbv-gewerkschaft.de)